

TOP 10 – Informationen der Verwaltung / Bürgermeisterin:

TOP 10.1 – Zur Unterbringung von Flüchtlingen

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

am letzten Freitag erhielt ich die Mitteilung der Landrätin, dass sich der Landkreis gezwungen sieht, im Biotechnologiepark für ein Jahr eine sog. Thermohalle aufzustellen, um 300 Flüchtlinge menschenwürdig, schnell und winterfest unterbringen zu können.

Ich bin über diese Entscheidung nicht glücklich. Im Vorfeld hatte ich der Landrätin meine Bedenken mitgeteilt, die sie auch nachvollziehen konnte. Jedoch konnte der Landkreis in anderen Kommunen keine Alternativstandorte finden, die 1. schnell verfügbar und 2. relativ unproblematisch mit Medien versorgt werden können.

Die dort geschaffenen Plätze dienen dazu, um die Überbelegung in der Grabenstraße um ca. 50 Plätze abzubauen. Die Thermohalle dient auch dazu, Vorsorge zu treffen, wenn der Pagasuspark in Hennickendorf nicht mehr zur Verfügung steht. Wegen der im Frühjahr unterzubringenden Erntehelfer endet der Mietvertrag für die Flüchtlingsunterbringung am 28. Februar 2016. Die Traglufthalle soll voraussichtlich ab Mitte Januar bezugsfertig sein. Die durch die Thermohalle geschaffenen Platzkapazitäten verhindern auch, dass der Landkreis auf seine Sporthallen im Stadtgebiet für die Flüchtlingsunterbringung zugreifen muss, so die Feststellung der Landrätin. (Eine Fläche von 36 x 72 m wird mit einem Flies ausgelegt und mit ca. 25 cm Kies abgeschottert. Darauf wird dann die Traglufthalle installiert und mit Erdverankerungen stabilisiert.)

Ich habe gegenüber der Landrätin auch die Befürchtung geäußert, dass die Kasernierung von 300 Menschen auf engstem Raum im Winter, am Rande der Stadt mit wenig Möglichkeiten der Beschäftigung und des „Dampfablassens“ die Gefahr des Lagerkollers geradezu heraufbeschwört. Aus der Studie, die Herr Petke im Nachgang zur letzten Hauptausschusssitzung recherchiert und weitergeleitet hat, geht ja hervor, wie nötig es ist, dass die in Sammelquartieren untergebrachten Flüchtlinge, die zum Warten und Nichtstun verdammt sind, Möglichkeiten einer strukturierten Beschäftigung erhalten, wie z. B. Deutschunterricht und Sportmöglichkeiten. Zum einen hat mir Frau Wehlan versichert, dass der bisherige Schlüssel „Sozialarbeiter zu Flüchtling“, der bei 1:120 lag, in dieser Einrichtung auf 1:70 verbessert wird. Zum anderen wird es an uns als Zivilgesellschaft sein, wie wir mit sinnvollen Angeboten unterstützen können.

Natürlich geht es auch darum, die Luckenwalder zu informieren. Auch die Landrätin beabsichtigt, Anfang Dezember zu einer öffentlichen Information einzuladen. Die Stadt wird sich in die Vorbereitung und Durchführung einklinken.